

Entschließung

Die Bürger jetzt mit nach Europa nehmen

Angesichts der durch die negativen Referenden zur EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden sowie des gescheiterten EU-Gipfel zur finanziellen Vorausschau der EU 2007 - 2013 verursachten schwerwiegenden Krise der Europäischen Union stellt die EUROPA-UNION RHEINLAND-PFALZ fest:

1. dass der den Unionsstaaten zur Ratifizierung vorliegende Vertrag für eine Europäische Verfassung eine unabdingbare konstitutionelle Grundlage für die erweiterte Europäische Union ist und diese erst für weitere Aufnahmen von Mitgliedsstaaten erweiterungsfähig macht. Daher ist am Verfassungstext unbedingt festzuhalten und zu begrüßen, dass der Europäische Rat entschieden hat, die Frist für die Ratifizierung der EU-Verfassung um ein Jahr bis 2007 zu verlängern, um damit den Ländern, in denen sich die Ratifizierung schwierig gestaltet, die Möglichkeit zu geben, die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Ratifizierung zu schaffen.
2. dass die negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden ernstzunehmende Warnsignale der Bürger in Europa sind und große Vorbehalte gegenüber der Handlungsfähigkeit und Transparenz der EU bestehen. Auf der Grundlage der in den Unionsstaaten stattfindenden Diskussionen müssen Strategien erarbeitet werden, das Vertrauen der Bürger in die Europäische Union und ihre Institutionen zurückzugewinnen und ihnen das Gefühl zu vermitteln, dass ihre Ängste und Vorbehalte von den politisch Verantwortlichen ernst genommen werden. Es sollte angestrebt werden, notwendige Entscheidungen und Abstimmungen in den Unionsstaaten zum gleichen Zeitpunkt durchzuführen, um dem europapolitischen Aspekt stärker Geltung zu verschaffen.
3. dass der gescheiterte EU-Gipfel und die Unfähigkeit, der europäischen Staats- und Regierungschefs, sich auf eine finanzielle Vorausschau für den Zeitraum von 2007 bis 2013 zu einigen, ein Indiz dafür sind, dass die Europapolitik nach wie vor von nationalen Egoismen und Sonderinteressen dominiert und folglich leider blockiert wird. Die Europäische Integration kann nur dann erfolgreich fortgesetzt werden, wenn die Unionsstaaten künftig solidarischer miteinander umgehen. Dies bedeutet auch, dass jegliche Sonderkonditionen wie der „Brittenrabatt“ abzuschaffen sind.
4. dass der EU-Haushalt mit einem derzeitigen Agrarausgabenanteil von ca. 40 Prozent nicht mehr zeitgemäß ist und die Europäische Union daher eine innovativere Haushaltspolitik benötigt, die dem Vorhaben der Lissabon-Strategie, in Europa mehr Wachstum und Beschäftigung zu schaffen, nachhaltig Rechnung trägt.
5. dass es mehr denn je notwendig ist, nachhaltig eine Europäische Identität zu entwickeln und die Bürger in den Unions- und Beitrittsstaaten stärker in die Aktivitäten der europäischen Politik einzubeziehen sind. Hierzu bedarf es einer stärkeren Unterstützung der proeuropäischen Zivilgesellschaft durch die politisch Verantwortlichen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene. Nur durch eine nachhaltige Informationskampagne und stärkere Einbindung in politische Entscheidungsprozesse lässt sich verlorengegangenes Vertrauen der Bürger in Europa zurückgewinnen. Allerdings muss die Europäische Union klar und für die Bürger nachvollziehbar das Ziel der Europäischen Integration definieren. Keinesfalls darf sich die EU zu einer Freihandelszone zurückentwickeln.

Die EUROPA-UNION RHEINLAND-PFALZ steht zum bereits im „Hertensteiner Programm“ von 1946 formulierten Ziel, einen europäischen Bundesstaat auf friedlicher, freiheitlicher, demokratischer und föderaler Basis zu schaffen und appelliert an die politisch Verantwortlichen in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Europa, das Notwendige zu tun, um Europäische Identität zu stiften und die Europäische Integration erfolgreich fortzusetzen.